

## Wie bleibt die Uni viv?

Die Bestrebungen der Universität, sich mehr Verantwortung für den bestmöglichen Einsatz ihrer Mittel geben zu lassen, scheinen zur richtigen Zeit zu kommen. Sparmassnahmen lassen sich am ehesten und mit dem geringsten Schaden durchsetzen, wenn sie «sachnah» und damit unter Einbezug der Direktbetroffenen konkretisiert werden. Die beiden Vorhaben, über die das Rektorat am Montag informiert hat (NZZ 16. 1. 96), harmonisieren aber recht wenig miteinander. Strukturelle Änderungen, die beispielsweise die Verschiebung von Stellen oder die Erschliessung externer Geldquellen erleichtern sollen, sind nicht einfach ein Mechanismus zur Abwicklung einer Reduktion im Umfang von 100 Millionen Franken (des vierfachen Aufwandes für die Rechtswissenschaftliche Fakultät mit 2600 Studenten). Weder darf die Reform als blosses Abbauminstrument diskreditiert, noch kann der Entscheid über die Folgen völlig neuer finanzieller Vorgaben beliebig nach unten delegiert werden.

Die Universität hat ihrerseits die Sache insofern in den politischen Bereich zurückverweisen, als sie sich dafür engagiert, den für 1999 vorgesehenen Einnahmefall durch eine Beteiligung weiterer Kantone an der Trägerschaft zu kompensieren. Wieweit dies gelingt, ist eine andere Frage. In den Verhandlungen über die Erneuerung des Beitragskondakts stehen ja nicht nur die Forderungen der Hochschulkantone, sondern auch die bisherigen Leistungen der anderen Stände auf dem Spiel. Pokert die Zürcher Regierung zu hoch, riskiert sie einen Scherbenhaufen nicht nur pekuniärer Art. Es wäre jedenfalls nicht falsch, bereits jetzt auch die Ausgabenseite zu betrachten, sei es auch nur im Sinn von Szenarien.

Einsparungen von Dutzenden von Millionen Franken verlangen auch bei Gesamtkosten der Universität von fast 600 Millionen Franken Eingriffe in die Substanz. Bedeutend könnte dies Abstriche an den Löhnen (mit Folgen für die Konkurrenzfähigkeit), Rückzug aus der Forschung (der Bund finanziert hauptsächlich Projekte, nicht aber die Vorlaufkosten), Zulassungsbeschränkungen (vom Kantonsrat letztes Jahr schon in marginalem Mass abgelehnt), Verzicht auf ganze Gebiete, Blockierung neuer Entwicklungen, die an sich das Lebendige der Wissenschaft ausmachen, oder massive Studiengebühren, die sozial diskriminierend wirken, sofern sie nicht einfach durch Stipendien ausgeglichen werden.

Die Universität kann es nicht dabei belassen lassen, Schmerzschreie anzukündigen, wie es an der Presseorientierung geschah. Wenn sie Sparmodelle einmal durchdenkt, kann sie der Öffentlichkeit die Folgen von Kürzungen vor Augen führen – Folgen, die vielleicht aber auch nicht alle katastrophal sind. Soll das Sparprogramm kein blosses Donnergeroll sein, so haben dann die Behörden abzuwägen, wieviel welche wissenschaftliche Ausbildung und Neuerung in welcher Qualität dem Kanton wert ist. Eine politische Diskussion darüber müsste eigentlich gerade auch einer der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WIF) verpflichteten Universität keineswegs schaden.

C. W.

## ZÜRICH

### Beschwerde Adrian Gassers abgewiesen

Der Textilindustrielle Adrian Gasser hat sich beim Bundesgericht vergeblich gegen fünf Sendungen des Schweizer Fernsehens DRG gewehrt. Wie zuvor die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen war das höchste Gericht der Meinung, das Gebot sachgerechter Berichterstattung sei nicht verletzt worden. 47

### Richard Chamberlain in Oerlikon

Er ist ein Mann für alle Träume. Nun gastiert der Herzensbrecher aus der TV-Serie «Die Dornenvögel», Richard Chamberlain, im Musical-Theater in Oerlikon, wo er den Professor Higgins in «My Fair Lady» spielt. Ein Gespräch mit dem Hollywoodstar. 48

### Ein Hofgebäude im Zürcher Seefeld

An der Alten Feldgstrasse im Zürcher Seefeld ist ein Wohn- und Bürohaus entstanden, das nicht nur einen ersten, sondern auch einen zweiten Blick auf sich zu ziehen vermag. Dem dritten halten dann die architektonischen Details nicht mehr stand; zuviel des Guten. 49

### Personalabbau auf dem Militärflugplatz

Im Zuge von Reorganisationsmassnahmen mit privatwirtschaftlicher Orientierung werden die zum Militärflugplatz Dübendorf gehörenden militärischen Betriebe 160 Arbeitsplätze abbauen. 49

## «Ideale Lösung» oder «teurer als nötig»?

### Neue Räume für das berufliche Trainingszentrum in Zürich

ese. Das sogenannte berufliche Trainingszentrum (BTZ) der Stadt Zürich soll in der städtischen Wohnüberbauung *Selnau* neue Räume erhalten. Das Geschäft wurde (nicht aus politischen, sondern aus terminlichen Gründen) vom Gemeinderat mehrfach vertagt. Heute Mittwoch soll es nun zur Sprache kommen. Zwar stehen die Chancen gut, dass die vom Sozialdepartement betriebene Einrichtung aus ihren allzu eng gewordenen Werkstätten im Industriequartier bald in die städtische Wohnsiedlung umziehen kann. Eine erdrückende Mehrheit der vorbereitenden Kommission hat sich dafür ausgesprochen. Die Stadt erwirbt damit zwei Fliegen auf einen Schlag: Das BTZ erhält grössere und attraktivere Räume, und die Stadt kann eigene, bisher leerstehende Gewerbeflächen zu einem sehr guten Preis vermieten. Dennoch wird ein schaler Nachgeschmack zurückbleiben. Die gewählte Lösung kommt nämlich teuer zu stehen als nötig.

### Eingliederung Behinderter

Das BTZ befasst sich gemäss einem Beschluss der Stadträte mit der Eingliederung physisch, psychisch und sozial benachteiligter, erwerbsbehinderter Personen in die Arbeitswelt. Zu diesem Zweck betreibt das Zentrum Werkstätten für die Holz- und Metallbearbeitung sowie für Druck- und Buchbindenarbeiten. Bei der konkreten Arbeit sowie in Gruppen- und Einzelberatungen sollen arbeitslose, behinderte Personen befähigt werden, in der Privatwirtschaft wieder eine Anstellung zu finden. Betreut werden sie dabei unter anderem von Berufsleuten, Psychologen und Berufsberatern der Invalidenversicherung. Auf eine Betreuung oder einen Betreuer kommen gegenwärtig fünf Teilnehmerinnen oder Teilnehmer.

Die im Industriequartier gelegenen Werkstätten des BTZ sind nun aber zu eng geworden. Die Arbeitssituation für Betreuer und Teilnehmer ist inzwischen unhalbar. Dazu besteht die Forderung des Gemeinderates nach einem Ausbau des Angebotes von bisher 16 Plätzen für 60 Teilnehmer pro Jahr auf 24 Plätze für 90 Teilnehmer pro Jahr, verbunden mit einer Verbesserung des Zahlenverhältnisses zwischen Teilnehmern und Betreuern von 5:1 auf 6:1.

In dieser Situation machte man sich in der Stadtverwaltung auf die Suche nach neuen, grösseren Räumen für den Ausbau des Trainingszentrums. Fündig wurde man schliesslich in einer städtegenen Liegenschaft. In der erst jüngst fertiggestellten städtischen Wohnsiedlung *Selnau*

vis-à-vis der neuen Börse stehen grosse Teile der Gewerberäume leer. Die ursprünglich angepeilten Interessenten (ein Lebensmittelgrossverteiler und eine Bibliothek) hatten sich zurückgezogen. In der gegenwärtigen Situation auf dem Liegenschaftsmarkt ist auch nicht so schnell zu erwarten, dass die Räumlichkeiten zu einem kostendeckenden Preis vermietet werden können. Der Stadtrat will nun die anfänglich der Bibliothek vorbehaltenen Räume für rund 800 000 Franken zu BTZ-Werkstätten und -Büros umbauen.

Die städtische Liegenschaftsverwaltung verlangt nun für die 750 m<sup>2</sup> Gewerbe- und Bürofläche einen Mietzins von 240 Franken pro m<sup>2</sup> pro Jahr. Auf dem Liegenschaftsmarkt in der Stadt Zürich sind gemäss verschiedenen Quellen zurzeit jedoch Gewerbeflächen in der verlangten Grösse zu Mietpreisen von lediglich 150 bis 170 Franken pro m<sup>2</sup> und Jahr erhältlich, manche auch noch günstiger zu Dumpingpreisen.

Mit sich selber als Partner macht die Stadt angesichts der Marktsituation also ein hervorragendes Geschäft. Sie nimmt, über den Daumen gemittelt, mindestens 50 000 Franken pro Jahr mehr ein, als heute auf dem Markt zu erzielen wären. Zudem braucht andererseits das Sozialdepartement nicht allein für diesen sehr hohen Mietzins aufzukommen, denn das BTZ wird sich der Invalidenversicherung wesentlich mitfinanzieren. In diesem Kulturhandel subventioniert die eidgenössische Invalidenversicherung also letztlich die Stadträtliche Liegenschaftsverwaltung.

Alles in allem ist dies ein sprechendes Beispiel dafür, wie der Dschungel der staatlichen Sozialhilfe- und Versicherungsleistungen das Suchen und Finden der letztlich günstigsten Lösung verhindert. Die Zeche zahlen am Schluss ohnehin die Steuer-, Gebühren- und Prämienzahler, auch wenn für die Stadt Zürich mindestens kurzfristig die Rechnung aufgeht.

### Offener Widerstand der SVP

Die überwiegend als gut beurteilte Arbeit des BTZ stand denn auch nicht im Zentrum der Kommissionsarbeit. Doch wurde ein deutliches Missfallen an der beschriebenen «Mischrechnung» formuliert. Diese Haltung hat sich auch in zwei kleineren Änderungen am Text des Beschlusses niedergeschlagen. So soll das Mietverhältnis vorerst auf 10 Jahre begrenzt werden. Zudem will eine Kommissionsmehrheit den Mietzins variabel halten. Offen gegen die Vorlage spricht sich einmal mehr allein die SVP aus, die mit den unnötig hohen Kosten nicht einverstanden ist.

## In Zürich getroffen

### Richard Sennett – das Versprechen der Städte

stü. Ob er ein Pessimist sei? Nein, wehrt der amerikanische Soziologieprofessor *Richard Sennett* ab, nein, ein Pessimist sei er überhaupt nicht. Und, nach einigem Nachdenken, greift er die Frage trotzdem auf. Pessimismus nicht als Resignation, sondern als Wissen um Verdrängtes, Unterdrücktes, Verlorenes – das führt doch zum Thema, mit dem sich der 50jährige in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten beschäftigt, zu dem er Bücher veröffentlichte, die nicht nur seine Studentinnen und Studenten an der New York University und am University College in London auf den Nachtschichten liegen haben.

Um den Verfall und den Verlust einer kulturell tragenden Öffentlichkeit kreist in diesen Büchern sein Denken. Warum, so wird gefragt, scheitern – und scheitern – die Städte als Orte, wo das Individuum sich aus dem Gatter beengender Privatheit befreien und seine Identität in der Begegnung mit andern reflektieren, bereichern könnte – warum *mussten* sie scheitern? Als Abenteuer verheissende zivilisatorische Dschungel, als eine Art humanistisch besetzte Erlebnisparke werden Städte verherichtet, im Gestrüpp der strömenden Massen verirrt man sich doch, in der eisigen Kälte der Anonymität erfriert das Individuum, das hier zu sich selber heranwachsen wollte.

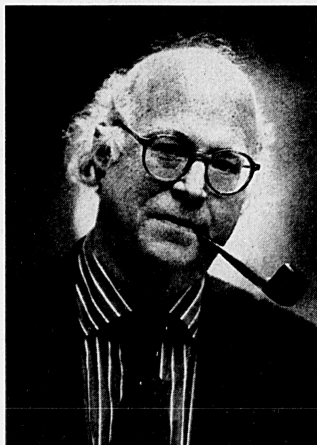
Differenz, dieser Begriff bezeichne das Grundthema, über das er eigentlich stets geschrieben habe, führte er vor seinem Publikum im Zürcher *Theater Neumarkt* aus, wo er im Rahmen der Veranstaltungsreihe «City Life» zu einem Abend geladen war. Er nimmt damit ein Stichwort des Aristoteles auf, das einen Beginn des Nachdenkens über städtisches Zusammenleben markiert. Eine Stadt, so heisst es in der «Politik», bestehe aus unterschiedlichen Arten von Menschen; ähnliche Menschen brächten keine Stadt zustande. Mit anderen Worten: Städte versprechen, Verschiedenheit fruchtbar zu machen, sie verheissen eine «Kultur des Unterschieds» (Sennett).

Der Geschichte des Umgangs mit Differenzen und deren Verdrängung spürt nun Sennett nach. Seine Texte, so könnte man sagen, flaniieren durch die Bestände der Sozial-, Kultur-, Philosophie- und Städtebaugeschichte. Der ziellose Schritt, das sofort reizbare, immer jedoch sich enthaltende Beobachtarium, die wahllose Addition von Einblicken und Ausblicken – man könnte diese Eigenschaften von Sennetts Arbeiten kritisieren, hat dies auch getan. Geistiges Flanieren ist Sennetts Gegenstand aber verwandter, als der reflexartig urteilende Leser es vielleicht vermutet. Er wolle einen Diskurs schaffen, der möglichst viele Erfahrungen in sich vereine, meint Sennett, auf solche Kritik angesprochen. So wenig wie Städte nur für ihre Planer gebaut sind, ist Kultur-

geschichte aus der Feder Sennetts nur für Kulturwissenschaftler geschrieben.

Treffpunkte von untereinander Verschiedenen: Das waren beispielsweise Kaffeehäuser, Clubs und Salons des 18. und noch jungen 19. Jahrhunderts, wo es unschicklich war, sich nach der sozialen Herkunft des Gesprächspartners zu erkundigen, wo der vernünftige Diskurs der Privatleute die Spielregeln für eine Entfaltung von Geselligkeit bereithielt. Die Stadt als Bühne: Konventionen der Kleidung, des Verhaltens und des verbalen Umgangs ermöglichten den Menschen den Schritt in die Öffentlichkeit, wo sie sich mit anderen in Beziehung setzen und so den Erfahrungsbereich des Privaten hinter sich lassen konnten, argumentiert Sennett in seinem Buch «The Fall of Public Man» (dt. «Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität», 1983).

Das Warenhaus, die zirkulierende Menge, das anonyme und schweigende Publikum in den Konzertsälen und Theatern – diese Phänomene markieren für Sennett das Verschwinden dieser Öffentlichkeit als einem *theatrum mundi*. Die moderne Stadt schockiert ihre Bewohner erbar-



Richard Sennett, Soziologe, hat körperliche Erfahrungen städtischer Umwelt erforscht. (Bild hf.)

## Aus dem Bundesgericht

### Adrian Gasser und der TV-Programm-Spielraum

#### Abgewiesene Beschwerde

Ro. Die I. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes hat eine gegen einen Entscheid der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) gerichtete Verwaltungsgerichtsbeschwerde von Adrian Gasser sowie 24 Mitunterzeichnern abgewiesen, soweit darauf einzutreten war. Ganz ungeschoren kam dabei das Fernsehen DRG jedoch nicht davon.

1994 befasste sich das Fernsehen DRG in fünf Sendungen (in den Sendegefässen «Schweiz aktuell», «Tagesschau» sowie «10 vor 10») mit dem Textilindustriellen Adrian Gasser im Zusammenhang mit dem Arbeitskonflikt in der Baumwollspinnerei Kollbrunn und einem von Gasser verlorenen Handelsgerichtsprozess gegen die «Weltwoche». Rund 240 Personen beschwerten sich bei der UBI über die Sendungen. Die UBI fand diese im Vergleich zu damaligen Presseäußerungen nicht besonders einseitig oder gar programmverschriftet, obwohl «bisweilen ein herablassender oder hämischer Unterton aus den Beiträgen herauszuhören war, der einem qualitativ hochstehenden Journalismus keine Ehre bringt». Dies genigte 25 Unterzeichnern nicht, die sich noch ans Bundesgericht wandten. Dieses schützte jedoch den UBI-Befund.

Das Bundesgericht erklärte Gasser als Direktbetroffenen der Sendungen für beschwerdebefugt, liess die Beschwerdelegitimation seiner in einer Sendung als seine Freundin bezeichneten PR-Befragten offen und erklärte sämtliche übrigen Beschwerdeführer als nicht besonders Betroffene für nicht legitimiert.

#### Nicht verbildlich, doch tolerierbarer

Vor dem Hintergrund der Programmautonomie der Sendeanstalt und des Beurteilungsspielraums der UBI glaubte das Bundesgericht, etliche, möglicherweise unpräzise Ausdrucksweisen, die in den Sendungen verwendet worden waren (so der im Zusammenhang mit einer Einzünzung der bestreikten Fabrik allenfalls unjuristisch gebrauchte Begriff «Aussperrung»), beeinträchtigten die Meinungsbildung des Zuschauers – auf die es ankommt – nicht. Auch der an sich schwerwiegende Vorwurf, Gasser habe es mit dem Arbeitsgesetz «offenbar noch nie so genau genommen», war als kritische Meinung ebenso wie die überzogene Qualifikation als wohl «bestgehabter Unternehmer des Landes» vom Zuschauer durchschaubar. Hier und in ähnlicher Beziehung durfte ein bereits erhörter Informationsstand des Publikums in Rechnung gestellt werden.

Das Bundesgericht teilte die Meinung der UBI, die verschiedenen Berichte hätten anders und in einzelnen Punkten besser gestaltet werden können. Das Bundesgericht übernahm die erwähnte Charakterisierung des Tonfalls der Sendungen durch die UBI. Die Sendungen seien aber nicht in dem Sinne manipulativ gewesen, dass sich der Zuschauer kein eigenes Bild hätte machen können. Die Erfordernisse der Sachgerechtigkeit und Ausgewogenheit als Kriterien der Objektivität dürften nicht derart streng gehandhabt werden, dass die Freiheit und Spontaneität der Programmgestalter verlorengingen. Deshalb sei davon abzusehen, bereits eingezugelt, wenn eine Sendung nicht in allen Punkten voll zu befriedigen vermöge.

2A.224/1995 vom 1. Dezember 1995. – BGE-Publikation.

mungslös durch Vereinzelung, Schweigen und die Macht des Zufalls. Jeder ist sich selber der Nächste in diesem jählichen Kampf gegen die Existenz als anonyme Nummer, für die Behauptung des Individuellen. Die «Tyrannei der Intimität» entsteht in diesem Moment, da das Öffentliche als Erfahrungsbereich verschwindet und die Menschen sich nur noch um sich selber, nicht mehr um einander kümmern. Man dreht sich im Kreise des Narzissmus und sagt einander «du».

Eine erneute Erzählung dieser Verfallsgeschichte des öffentlichen Raums hat Sennett mit seinem neuen Buch «Flesh and Stone» (dt. «Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation», 1995) vorgelegt. Verdrängung von entgrenzender Erfahrung ist hier vor allem die Unterdrückung von Körperlichkeit. Der einstige – kritische – Schüler Hannah Arendts, nachdem er zuvor schon Politik und Gesellschaft im Kulturellen als Einheit zu begreifen begonnen hatte, zeigt sich hier von Michel Foucault inspiriert. Als einen der «alternden Bohémiens» von Greenwich Village, wie Sennett sich selber bezeichnet, irritierte ihn immer wieder, wie Drogenstüchler, gestresste Geschäftsleute und Künstler scheinbar gleichgültig nebeneinander existierten. Aggressionen, die Anstrengung von Ortswechseln, Gespräch und Gestik, vieles Körperliche ist aus dem modernen «Stadtgitter» und den darin zirkulierenden, möglichst komfortablen Verkehrsmitteln verdrängt. «Unsere Agora ist rein visuell», meint er – nicht ohne die Wurzeln dieses Zustandes etwa im Rationalismus leergeräumter Plätze und breiter Boulevards des letzten Jahrhunderts recherchiert zu haben.

Die Repression der Körper durch die Stadt im Zuge der kapitalistischen Entfaltung von Waren- und Massenproduktion sieht Sennett jedoch ein Ende nehmen. Ihn interessiert, was nachher kommt. Ein nicht kontrollierter Raum der Begegnung von – wenigstens simulierten – Körpern *on Internet*: Es ist für ihn eine der Hoffnungen, die es ihm verbietet, Pessimist zu sein.